
Wiebke Knell

FDP UND IHK: MEHR TEMPO UND WENIGER BÜROKRATIE FÜR DIE WIRTSCHAFT IN HERSFELD-ROTENBURG

04.05.2026

Welche Rahmenbedingungen braucht die nordhessische Wirtschaft, um wettbewerbsfähig zu bleiben?

Und wie können Standortentwicklung und Fachkräftesicherung nachhaltig gestärkt werden? Über

diese Fragen tauschten sich Vertreterinnen und Vertreter der Industrie- und Handelskammer mit FDP

Vertretern aus Nord-Ost-Hessen aus.

Für die Freien Demokraten waren Wiebke Knell, Fraktionsvorsitzende im Hessischen Landtag, Werner

David, Vorsitzender der FDP-Hersfeld-Rotenburg, sowie der Vorsitzende der Jungen Liberalen

Hersfeld-Rotenburg, Elias Phillip Herzog, vor Ort. Von Seiten der IHK nahmen der Vorsitzende der IHK

Regionalversammlung Hersfeld-Rotenburg, Horst Müller, seine Stellvertreter Matthias Pfaff und

Melanie Schaar sowie die Leiterin des IHK-Servicezentrums, Alexandra Nieding, teil.

Im Mittelpunkt des Austauschs standen die Herausforderungen für die wirtschaftliche Entwicklung der

Region. Ein zentrales Thema waren langwierige Genehmigungsverfahren, die insbesondere durch

umfangreiche Klagerechte erheblich verzögert würden. Einigkeit bestand darin, dass Planungs- und

Investitionsprozesse deutlich beschleunigt werden müssten. Zudem wurde kritisiert, dass

politische

Schwerpunktsetzungen in Deutschland zu häufig wechseln und es dadurch an langfristiger

Verlässlichkeit fehle. Auch Förderprogramme seien oft zu komplex und zu wenig planbar, um

Unternehmen echte Sicherheit zu geben.

Wiebke Knell betonte: „Unsere Unternehmen brauchen endlich schnellere Verfahren und verlässliche

Rahmenbedingungen. Wer investieren will, darf nicht jahrelang auf Genehmigungen warten. Wir

müssen Tempo aufnehmen und endlich wirtschaftliche Entwicklung ermöglichen, statt sie auszubremsen.“

Ein weiterer Diskussionspunkt war die Rolle des Staates in unserem Wirtschaftssystem.

Aus Sicht der

Gesprächsteilnehmer brauche es weniger staatliche Detailsteuerung und stattdessen mehr Vertrauen

in unternehmerisches Handeln. Im Hinblick auf Personalaufwuchs im öffentlichen Sektor wurde die

derzeitige „Versorgungsmentalität“ der Landes- und Bundesregierung dabei kritisch hinterfragt.

Beim Thema Fachkräftemangel wurde deutlich, dass viele Betriebe zwar einige Bewerbungen

erhielten, diese jedoch häufig nicht den erforderlichen Qualifikationen entsprächen. Daher müsse das

Thema Bildung und insbesondere die duale Ausbildung stärker in den Fokus der Landespolitik rücken.

Für Studienzweifler brauche es zudem mehr Durchlässigkeit und attraktive Wege zurück in die

berufliche Bildung.

Auch die bestehenden Ausbildungsrahmenverträge wurden thematisiert: Diese seien häufig zu starr

und entsprächen nicht mehr den Anforderungen moderner Betriebe. Diskutiert wurden daher mehr

digitale Unterrichtsanteile sowie die Möglichkeit, Ausbildungsinhalte stärker direkt im Unternehmen

zu vermitteln. Werner David ergänzte: „Der Fachkräftemangel ist längst eine der größten Wachstumsbremsen. Wir müssen die duale Ausbildung stärken, praxisnäher gestalten und mehr

Entscheidungsfreiheit vor Ort ermöglichen. Weniger Bürokratie und mehr Vertrauen sind der

Schlüssel, um unsere Wirtschaft zukunftsfest zu machen.“